

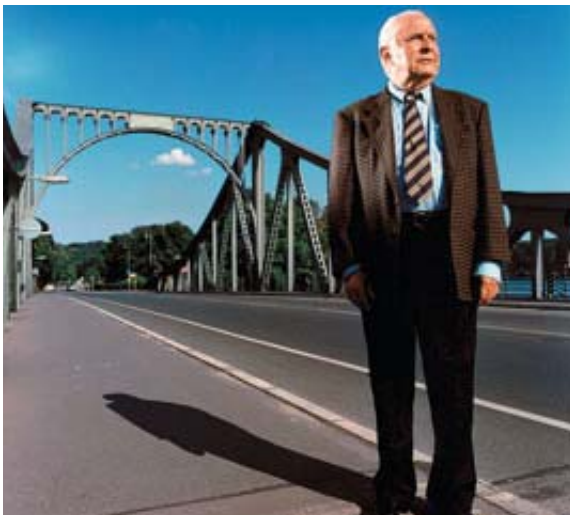
HARTZ-IV-SOFTWARE

Kassen alarmieren Regierung

Im Streit um die Software-Pannen beim Arbeitslosengeld II haben die Krankenkassen die Bundesregierung alarmiert. Die Programmfehler, die dazu führen, dass die Arbeitsagenturen derzeit jeden Monat 25 Millionen Euro zu viel an die Krankenkassen abführen, könnten voraussichtlich erst Mitte nächsten Jahres behoben werden, heißt es in einem Brandbrief des Ersatzkassenverbands an die Häuser von Wirtschaftsminister Wolfgang Clement und Gesundheitsministerin Ulla Schmidt. Die gesetzliche Krankenversicherung müsse deshalb „praktisch auf unbestimmte Zeit“ das zu viel erhaltene Geld auf Treuhandkonten parken und eine „Vielzahl von Einzelüberweisungen“ erfassen. Zudem hätten Software-Fehler zu „Hunderttausenden fehlerhaften Stornierungsmeldungen“ und „mehrfachen Programmabbrüchen“ geführt. Wegen der „nicht unerheblichen Mehrarbeit“ prüften die Kassen derzeit, ob sie den Schaden bei der Nürnberger Bundesagentur für Arbeit geltend machen können. Um die Probleme zu beheben, so fordern die Kassen, müssten die Ministerien gegenüber der Bundesagentur „den notwendigen Druck erzeugen“.

proportional viele Deutsche Gymnasien besuchen.

Denn einen eigenen Fernseher im Zimmer etwa hat nur jedes dritte Mädchen, aber fast jeder zweite Junge. Eine Spielkonsole besitzen knapp 40 Prozent der Jungen, aber nur 16 Prozent der Mädchen. Von den Migrantenkindern im Alter von zehn Jahren haben 51,3 Prozent ein eigenes TV-Gerät und 43,3 Prozent eine eigene Spielkonsole im Zimmer, bei den Deutschen sind es nur 31,9 respektive 22,3 Prozent. Und während in Dortmund mehr als die Hälfte der Kinder im eigenen Raum fernsieht, ist es in München nur ein Fünftel. Kinder auf Hauptschulen sitzen nach der KFN-Untersuchung mehr als doppelt so lang vor Bildschirmen wie Gymnasiasten. Hinzu komme, dass Kinder mit eigenen Unterhaltungsgeräten viel häufiger verbotene Sendungen oder Spiele mit hohem Gewaltanteil sehen, was die Lernfähigkeit ebenfalls senke. Pfeiffer: „Ein Übermaß an Medienkonsum macht dick, dumm, krank und traurig.“



Vogel (auf der Glienicker Brücke)

ZEITGESCHICHTE

DDR-Unterhändler wollte fliehen

Wolfgang Vogel, früherer Ost-Berliner Rechtsanwalt, der im Kalten Krieg als Chefunterhändler der DDR eine zentrale Rolle unter anderem beim Freikauf von fast 34 000 politischen

Häftlingen spielte, dachte zu Beginn seiner Karriere selbst an Republikflucht. Das offenbarten jetzt ehemalige Mitstreiter der legendären Berliner Fluchthilfegruppe um den Studentenwerksfunktionär Detlef Girmann der Berliner Historikerin Marion Detjen. Sie schreibt in ihrem gerade erschienenen Fluchthilfebuch „Ein Loch in der Mauer“, Vogel habe 1962 – etwa zur Zeit des von ihm mit organisierten Austauschs des US-Spionagefliegers Gary Powers und des KGB-Obersts Rudolf Abel – mit Hilfe der Girmann-Gruppe die DDR verlassen wollen. Die Gruppe habe zugesagt, für Vogel und

seine Familie Pässe aus der Schweiz zu besorgen. Vogel bestätigt dem SPIEGEL, Fluchtgedanken gehegt zu haben. Von der Girmann-Gruppe habe er damals aber nichts gewusst. Vielmehr habe ihm ein mutmaßlicher CIA-Mitarbeiter angeboten, man könne die Familie mit amerikanischen Militärfahrzeugen aus der DDR schleusen. Er habe über die Idee kurz nachgedacht, sie aber alsbald verworfen.